

Zeitschrift: Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber: Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band: 80 (2000)
Heft: 6

Rubrik: Dossier : Politik : Macht und Ohnmacht der Begriffe

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 29.04.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Robert Nef

FÜR EINE WENIGER PLAKATIVE SOZIALISMUSKRITIK

Die gegenwärtige Debatte zum Thema «Freiheit statt Sozialismus» in der Schweiz hat eine zu grundsätzliche Bedeutung als dass man sie nur unter dem Vorzeichen parteipolitischer und persönlicher Polemik führen sollte. Man hätte sich einen besseren Einstieg in die Diskussion gewünscht als eine wenig strukturierte, oft falsch zitierte Passage aus einer Rede und einzelne Gesprächsfetzen aus improvisierten Interviews. Was eine gehaltvolle Debatte hätte werden sollen, degeneriert zum Hick-Hack rund um Begriffe und Definitionen.

Das Schwarz-Peter-Spiel mit dem Faschismusvorwurf «Wer war als Partei näher?», «Bei wem gibt es mehr problematische Äusserungen?» bringt meines Erachtens wenig. So wie es in allen Parteien «Sozialisten» gibt, finden sich – je nach Definition – auch in allen Parteien «Faschisten». Interessant ist weniger die Frage nach den historischen und aktuellen Meinungsprofilen einzelner Parteipolitiker, sondern die Frage nach den grundsätzlichen Unterschieden in der ideellen bzw. ideologischen Programmatik. Da gibt es sicher markante Unterschiede zwischen dem Sozialismus und dem Nationalsozialismus, aber es gibt eben auch unbestreitbare Überlappungen. Die Fragestellung «Sind die Sozis Nazis?» («Tages-Anzeiger» vom 16. März) ist wirklich zu simpel. So stark vereinfacht hat nicht einmal *Christoph Blocher* in seiner Albisgüetlirede. Der Nationalsozialismus ist – wie auch die Sozialdemokratie – eine Spielart des Sozialismus oder, wenn man will, eine Abspaltung, und es ist interessant, über die Weiche zu diskutieren, bei der sich die Ziele bzw. die Prioritäten und Methoden trennten, und die Frage, ob es eine kollektivistische Grundausrichtung gibt, welche auch nach dieser Weichenstellung Gemeinsamkeiten beinhaltet, darf gestellt werden. Gerade die Tatsache, dass die Nationalsozialisten als «sozialistische Abweichler» empfunden wurden, hat die Erbitterung zwischen dem braunen und roten Kollektivismus massiv verstärkt. Natürlich war der «Bruderhass» gegenseitig, zu den ersten Opfern der Nazis gehörten

viele Sozialdemokraten. Dies sagt aber nichts aus über den Verwandtschaftsgrad der Ideologien. Dissidente aus dem eigenen Lager werden bekanntlich als «Ketzer» und «Abweichler» mehr gehasst als die traditionellen Gegner aus dem andern Lager.

Nationaler und internationaler Sozialismus

Was verbindet Nazis und Sozis, und was trennt den Nationalsozialismus von der Sozialistischen Internationale? Eine Diskussion über solche Fragen ist weder «hirnverbrannt» noch «absurd», sie gehört zu den Traktanden der ideologischen Diskussion des 21. Jahrhunderts, die innerhalb und ausserhalb des Kreises von Sozialisten und Sozialdemokraten und jenseits eines die Perspektive einengenden und verfälschenden Links/Rechts-Schemas geführt werden muss. Man kann den auf nationaler Ebene praktizierten Sozialismus als Vorstufe des internationalen Sozialismus deuten oder als Alternative zum International-Sozialismus (z.B. in Kuba) bzw. als eigenes Modell oder als «dritten Weg». Bei vielen real existierenden Spielarten des Sozialismus war und ist es weltweit (etwa in Asien) sehr schwierig, sie vom Faschismus zu unterscheiden. *Abdel Nasser*, der sozialistische Führer Ägyptens, war ein begeisterter Leser von *Hitlers* «Mein Kampf», und die arabische Übersetzung des Buchs ist auch heute noch in den Basaren des Nahen und Mittleren Ostens präsent. Es besteht gegenwärtig auch unter Publizisten die Tendenz, sozialistische bzw. kommunisti-

sche Verbrecherregime wie *Pol Pot* in Kambodscha in «faschistische» umzutaufen, um über die Terminologie das weltpolitische Sündenregister des Sozialismus zu entlasten. Was beweist dies? Eigentlich recht wenig, ausser, dass es offensichtlich fließende Grenzen und Interpretationsspielräume gibt und dass das Argumentieren um die relative Nähe der beiden Kollektivismen nicht absurd ist.

Die historische Aufarbeitung des Widerstands in Frankreich und in Italien hat auch gezeigt, dass es verschiedene prominente Linke gegeben hat, die durchaus im ideologischen Nebel zwischen Kollaboration und Widerstand operiert haben (u.a. *Ignazio Silone*, *Norberto Bobbio* und *François Mitterrand*) und dass das linke Heldentum in der *Résistance* nicht ganz so häufig war, wie es der nachträglich gepflegte Mythos gerne darstellte. Unbewältigte Geschichtsmythen gab und gibt es nicht nur in der Schweiz, auch verschiedene europäische Linksparteien haben ihre unbewältigte Vergangenheit im Zusammenhang mit einem nachträglich hochstilisierten linken Antifaschismus und einer verdrängten Kooperationsbereitschaft, auch im Zusammenhang mit antikapitalistischen Spielarten des Antisemitismus.

Der Slogan «Freiheit statt Sozialismus»

Diese derzeit in der Schweiz aktuelle Debatte ist in der Bundesrepublik im Zusammenhang mit dem CDU/CSU-Wahlslogan «Freiheit statt Sozialismus» schon einmal geführt worden, aber nicht unter den moralisierenden Aspekten von «Beleidigung» und «Entschuldigung». Weder Faschismus noch Nationalsozialismus sind moralische Begriffe. Sie bezeichnen ideengeschichtliche Strömungen und historisch manifestierte Zustände, die – zugegeben – stark belastet sind durch die Verbrechen, die unter diesen Bezeichnungen begangen worden sind. Dies gilt aber auch für den Feudalismus, das Jakobinertum und den Kommunismus, die ebenfalls bezüglich Zielen, realen Verwirklichungsexperimenten und Persönlichkeiten, welche sie vertreten haben, kontrovers sind und bleiben. Es existiert eine ideen- und parteiengeschichtlich sachlich diskutierbare Basis, aufgrund derer man sich mit Argumenten auseinandersetzen kann. Kritisierbar sind die je-

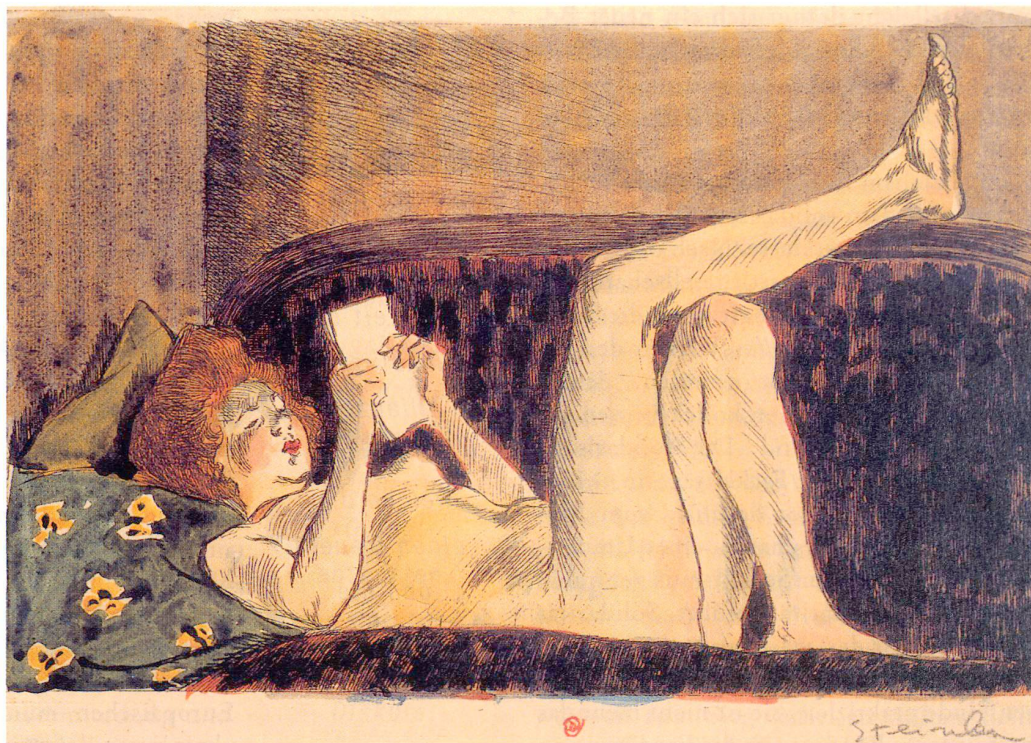
weiligen Ideale und Ziele oder die reale Umsetzung, die Missbräuche, Auswüchse und folgerichtigen Konsequenzen, die beabsichtigten Folgen und die unbeabsichtigten Nebenfolgen sowie die Personen, welche prägenden Einfluss hatten. Die Forderungen nach Entschuldigung für politische Äusserungen, wie sie von verschiedener Seite gestellt wurden, sind eine Vorstufe der Diktatur der *political correctness*, die gerne von jenen definiert wird, die gerade in der Mehrheit sind.

Die Folgen solcher Denkmuster werden jetzt in Österreich und im Verhältnis EU – Österreich sichtbar und spürbar. Eine ausschliessliche Gleichsetzung von «Europäischer Wertegemeinschaft» mit dem «Sozialdemokratischen Konsens» oder mit Mittlinks-Koalitionen unter Ausschluss der EU-skeptischen Rechten führt meines Erachtens zur Infragestellung des politischen Pluralismus, der eine Stärke Europas ist. Gesprächsboykotte passen nicht zu einer politischen Kultur des Meinungspluralismus.

Sozialismus als Kollektivismus und Etatismus

Vorteilhafter wäre es für eine Grundsatzdiskussion allerdings gewesen, der Sozialismus und nicht «die Sozialisten» würden kritisiert. Das Betroffensein bzw. Nicht-Betroffensein der SPS von dieser Art Kritik hängt nicht von *Christoph Blocher* ab, sondern von der eigenen Positionierung der SPS zum ideengeschichtlich und politisch durchaus fassbaren Sozialismus als Oberbegriff für sämtliche Spielarten, die unter diesem Markenzeichen schon praktiziert und postuliert worden sind. Erst nach einem solchen Positionsbezug würde sich zeigen, welche Parallelen und Vorwürfe berechtigt sind und welche nicht. Sozialismus ist traditionellerweise mit Kollektivismus und Etatismus verbunden, ursprünglich auch mit Zentralverwaltungswirtschaft (alles gemeinsame Merkmale von International- und Nationalsozialismus), aber es hat immer wieder Versuche gegeben, sich aus dieser Verstrickung ganz oder teilweise zu lösen, in Abweichung oder Absetzung vom klassischen Sozialismus im Sinn des Klassenkampfes der Arbeiterbewegung. *Tony Blair* hat sich von dieser Art des Sozialismus öffentlich distanziert, *Gerhard Schröder* la-

Verschiedene
europäische
Linksparteien
haben ihre
unbewältigte
Vergangenheit
im Zusammen-
hang in einem
nachträglich
hochstilisierten
linken
Antifaschismus.



Théophile Alexandre Steinlen, *La Lettre*, 1898, Eau-forte.

Der 1859 in Lausanne geborene Zeichner und Graphiker Théophile Alexandre Steinlen verdankt seine Berühmtheit nicht allein seinen Katzenbildern. Zu Lebzeiten war er vor allem als Zeitungs- und Plakatmaler bekannt, der treffsicher mit sozialkritischen Zeichnungen die gesellschaftliche Situation seiner Zeit erfasst. Bei dem sehr geläufigen Thema der Dirne und Käuflichkeit zeigt Steinlen immer auch die Sympathie mit der ausgelieferten, durch Armut auf die Strasse getriebenen Arbeiterfrau. Dazu arbeitet er Stimmungswerte heraus, welche die Frauen der Banalität des Tatsächlichen entrücken, wie hier etwa das überraschende Element des Briefes, der gleichsam ihr Metier vergessen macht. Steinlen trifft so den raren Moment unverfälschter Intimität und Privatheit, die den Frauen ihre Würde zurückgibt. (Michael Wirth, siehe auch Kommentar zum Titelblatt S. 12)

Die starke
Befürwortung
des Zusammen-
schlusses
in der EU
kontrastiert
in bemerkens-
werter Weise
mit einem
zunehmenden
linken Anti-
globalismus.

viert und *Lionel Jospin* versucht einen Spagat. Die Frage, wie sich die SPS diesbezüglich positioniert, darf, ja, muss in einem Konkordanzsystem gestellt werden.

Der Rückgriff auf die historisch tatsächlich in der Schweiz vorhandenen Pro- und contra-Äusserungen aus den dreissiger Jahren – immerhin noch vor den grossen Verbrechen – führt in eine Sackgasse. Jeder zeigt dem andern die Leichen im Schrank bzw. im Keller. Wenn schon, müssten Parteiprogramme und -beschlüsse analysiert werden und nicht Äusserungen und Entgleisungen einzelner. Spannend wäre eine Diskussion rund um den Unterschied zwischen Sozialismus und Sozialdemokratie und um ein allfälliges Sonderprofil der SPS im europäischen Umfeld, damals und heute. Diese Frage wäre eigentlich von SPS-Seite zu klären.

Unbestreitbar ist die nahe ideologische Verwandtschaft von Sozialismus und Nationalsozialismus in bezug auf den gemeinsamen Nenner des Kollektivismus und des Etatismus, das, was *Christoph Blocher*

polemisch pointiert als «Staatsvergötterung» bezeichnet. Die heute weltweit real existierenden Spielarten der Sozialdemokratie sind in der Grundunterscheidung (national oder international) eher national ausgerichtet, man kann sie mit gutem Grund «national-sozialdemokratisch» nennen. Als Beleg dafür mögen die den nationalen Arbeitsmarkt schützenden «Entsenderichtlinien» und andere nationalstaatliche Protektionismen dienen, welche die Sozialdemokraten aller Länder so einmütig fordern, und die eigentlich auf dem Hintergrund einer «internationalen Solidarität der Arbeiterschaft» befremden. Die starke Befürwortung des Zusammenschlusses in der EU kontrastiert in bemerkenswerter Weise mit einem zunehmenden linken Antiglobalismus. Dies ist ein Zeichen dafür, dass man die EU als «gute» sozialdemokratische «Insel» (oder gar eine Festung) in einem «bösen» marktwirtschaftlichen Globalsystem wahrnimmt, eine Absage an den Internationalismus und eine Zuwendung zu einem EU-Nationalis-

mus. Vielleicht drängt sich ein neuer Begriff auf: «EU-Sozialdemokratismus»?

«Alte» und «neue» Solidarität

Der Sozialismus war ursprünglich verknüpft mit dem solidarischen Befreiungskampf der Arbeiterklasse. Nach dem Übergang von der Industriegesellschaft zur Dienstleistungsgesellschaft ist an die Stelle des klassischen *Bluecollar-Workers* der gut ausgebildete Spezialist getreten, dessen differenzierte Interessen kollektiv weniger gut organisierbar sind. Die solidarische Arbeiterklasse als Fackelträgerin eines Fortschritts ist daher definitiv zum Mythos geworden. Dies hat zu einer Umdefinierung des für den Sozialismus zentralen Begriffs der Solidarität geführt. Solidarität ist nicht mehr das, was man gemeinsam als Klasse untereinander und gegen die Klassenfeinde praktiziert, sie ist nicht mehr das gemeinsame Band, sie ist die Forderung an Dritte, etwas für die «Schwächeren» zu opfern, d.h. für jene Gruppe, zu der man selbst gehört oder mit der man sich identifiziert. «Solidarität» verlangen heute vor allem die Klienten und Funktionäre des Wohlfahrtsstaats, welche die Umverteilung auf ihre Mühle leiten wollen. Aber dies ist eine «Solidarität» des Nehmens und der Ansprüche an Dritte. Eine «Klasse» von Intellektuellen und Funktionären behauptet, die wahren Bedürfnisse des Volkes zu kennen und lässt sich dafür aus öffentlichen Mitteln grosszügig alimentieren.

Auch die plötzlich wiederentdeckte Liebe der Alt68er (wie *Habermas* und *Lafontaine*) zum Nationalstaat ist bemerkenswert. Schlaue linke Köpfe haben gemerkt, dass sie den Wohlfahrtsstaat im europäischen Rahmen in den Luxuskabinen des EU-Dampfers nur auf dem aktuellen Niveau konservieren können, wenn er – wenigstens zum Teil – national bleibt. Es gibt auch so noch genug Schwierigkeiten mit Umlageverfahren, Nachhaltigkeit und Demographie. Käme noch eine gesamt-europäische Nord-Süd- und West-Ost-Umverteilung dazu, dann würde dies die traditionell ohnehin knappe europäische Solidaritäts- und Konsensbereitschaft in einem EU-unverträglichen Mass strapazieren. Wir stehen vor einer eigentlichen Renaissance des «National-Sozialismus» im wörtlichen Sinn, allerdings – glücklicher-

Es kommt
eine Zeit der
unheiligen
Allianzen
auf uns zu,
welche die
einen freuen
und die
andern
ärgern wird.

Xenophobie
ist als
solche
weder «links»
noch «rechts»,
sie ist ein
eigenständiges
Phänomen.

weise – ohne Antisemitismus. Konservative Nationalisten werden auf diesem Hintergrund mit ihrer betont nationalstaatlichen Linie auch von jenen National-Sozialdemokraten Sukkurs erhalten, für welche der Ausbau des Wohlfahrtsstaates auf nationaler Ebene Priorität hat, d.h. es kommt eine Zeit der unheiligen Allianzen auf uns zu, welche die einen freuen und die andern ärgern wird.

Allgegenwärtige Xenophobie

Was die Nationen heute zusammenhält, sind die prekären Rentensysteme und die Migrationspolitik bzw. die grosse Heuchelei rund um die Xenophobie.

Die politisch korrekte Verfassung der Xenophobie ist in der EU mit dem Dreikreise-Modell bereits realisiert. Man ist zwar nicht offen xenophob oder gar «rassistisch», aber die Ablehnung alles Nicht-Europäischen mündet in eine allgemein akzeptierte defensive Einwanderungspolitik und in eine militärische Sicherheitspolitik, die offen als Migrationsprophylaxe verkauft wird. Xenophobie, die ja – empirisch abgesichert – noch viel mehr verbreitet ist als Antisemitismus, ist fast grenzenlos populär. Politisch wird sie als Schwarz-Peter-Spiel betrieben, d.h. keine Partei verzichtet ganz auf das xenophobe Wählerpotential, aber man versucht, sich als weniger xenophob darzustellen als alle andern. Xenophobie ist als solche weder «links» noch «rechts», sie ist ein eigenständiges Phänomen, und die Gleichsetzung von «xenophob» und «rechtsextrem» führt in die Irre. Die SVP ist in Sachen Xenophobie vermutlich politisch am meisten kompromittiert. Sie holt die Xenophoben ab, wo sie sind, aber man kann sie schwerlich dafür verantwortlich machen, dass es solche Strömungen überhaupt gibt. Man kann und soll in einer Demokratie das xenophobe Meinungssegment, das – aus einsichtigen Gründen – in den einkommensschwächeren Bevölkerungsgruppen besonders gross ist, von der demokratischen Willensbildung nicht ausgrenzen. Xenophobie ist aus liberaler Sicht zu kritisieren. Ihre anthropologische Verankerung soll weder eine moralische Rechtfertigung noch ein politischer Freipass sein, im Gegenteil. Xenophobie von der politischen Willensbildung auszuschliessen bzw. auszugrenzen, nur weil man Xenophobie

selbst mit guten Gründen ablehnt, ist undemokratisch und unklug. Wir sind als mündige und weltoffene Menschen alle aufgerufen, die Xenophobie, auch die Xenophobie in uns selbst, zu überwinden und sie politisch zu zähmen und nicht zu entfesseln. In einem gewissen Ausmass gehört sie aber zur «Physiologie» und nicht zur «Pathophysiologie» einer Gesellschaft, gefährlich wird sie erst, wenn die diesbezüglichen «politischen Ventile» geschlossen werden. Es ist der SPS und andern sozialdemokratischen Parteien Europas positiv anzurechnen, dass sie auf eine linkspopulistische Auswertung der Xenophobie bis heute weitgehend verzichtet haben, obwohl eine solche in ihrem ursprünglichen Wählersegment attraktiv wäre. Diesbezüglich ist der Vorwurf der Faschismusnähe tatsächlich verfehlt und unfair, während er bezüglich Etatismus, wohlfahrtsstaatlicher Bevormundung und Interventionismus seine Berechtigung hat.

Hitlerismus und Stalinismus als abstruser Ideologieverschnitt

Hitler war eine ideologisch-philosophische Null. «Hitlerismus» ist ein abstruser Eintopf verschiedenster Ideologieelemente, und darum scheitern alle Versuche, ihm ideengeschichtlich ein zutreffendes Label zu verpassen und ihn auf dem klassischen Links-rechts-Spektrum einzuordnen. Man hat den Nationalsozialismus schon als Faschismus plus Rassismus bzw. Antisemitismus definiert. (Da ja der Begriff «Rasse» wissenschaftlich sowieso unhaltbar ist, bleibt auch der daran anknüpfende Begriff «Rassismus» höchst problematisch, doch dies ist ein eigenes Thema. Auch der Begriff «Klasse» führt letztlich in die Irre.) Sicher war *Hitler* Kollektivist, Zentralist und Befürworter staatlichen Zwangs, d.h. ein Anhänger des «Primats der Politik». Er war sowohl Anti-Bolschewist als auch Anti-Liberal als auch Anti-Demokrat. Im Zentrum stand für ihn seine Machtpolitik des grossdeutschen Imperialismus (Lebensraum im Osten) und sein verbrecherisches Ziel der Judenvernichtung, beides Ziele, die man weder «rechts» im Sinn von «konservativ» noch «links» im Sinn von «progressiv» nennen kann. Auch die Frage, wie «marktwirtschaftlich» (rechts) oder wie «interventionistisch» (links) diese bei-

.....
 Wenn
 die einen
 «Hitler!» und
 «Auschwitz!»
 rufen und die
 andern mit
 «Stalin!» und
 «Gulag!»
 antworten,
 so entsteht
 kein fruchtbarer
 Diskurs.

.....
 lichtung
 manche meinen
 lechts und links
 kann man nicht
 verwechseln.
 werch ein illtum!

ERNST JANDL

den Ziele seien, ist müssig. Wenn schon, sind sie eher dem etatistischen Interventionismus zuzuordnen, allerdings einer verbrecherischen Spielart. Die ideologische Auseinandersetzung zwischen «links» und «rechts» wird um so unfruchtbarer, als die Exponenten ihre Gegner für die jeweils verbrecherischen Misch- und Extremformen oder Auswüchse verantwortlich machen.

Wenn die einen «Hitler!» und «Auschwitz!» rufen und die andern mit «Stalin!» und «Gulag!» antworten, so entsteht kein fruchtbarer Diskurs, sondern ein Sandkastenstreit. Aber es darf und muss aber erlaubt sein, auf die Verwandtschaft bzw. Nähe der beiden Grossverbrecher bezüglich Kollektivismus und Etatismus und bezüglich totalitären Methoden hinzuweisen. *Stalin* hat dem Marxismus-Leninismus mit terroristischen Methoden zunächst in der Sowjetunion und dann weltweit zum Sieg verhelfen wollen. Sein «Verrat am Sozialismus» betraf allenfalls die Methoden der Umsetzung, aber nicht die Ziele. Bestimmt war er trotz international-sozialistischer Rhetorik auch russischer Nationalist und Imperialist, ein typischer Machtmensch, der sich – wie *Hitler* – als «Führer» berufen fühlte, auf die Zustimmung der Massen baute und diese nötigenfalls durch Terror erzwang. *Hitlers* Lehre von der «Herrenrasse» kann als – allerdings verfehlt – Weiterentwicklung des soziobiologischen Darwinismus gesehen werden, und dieser wird traditionellerweise «rechts» eingestuft, obwohl er gerade auch unter den Sozialisten Anhänger hatte, man denke an die «volks-hygienisch» motivierten Sterilisationsprogramme im sozialdemokratischen Schweden.

Hitlers Antisemitismus hatte nicht nur eine rassistische, sondern auch eine stark antikapitalistische und antiglobalistische Komponente. Er ortete die Juden als Hauptakteure der internationalen kapitalistischen Finanzoligarchie. Darum sind heutige sozialistische Verschwörungstheorien gegenüber dem «internationalen Finanzkapital» – wenigstens diesbezüglich – verteufelt nahe an *Hitlers* Anti-Juden-Wahn, der heute ausschliesslich als Rassismus gesehen wird, der aber auch die erwähnte funktionale kapitalismus- und globalismuskritische Komponente hatte.

Hitlers Chefideologen (z. B. *Alfred Rosenberg*) waren sowohl Kollektivist als

auch bekennende Sozialisten. «*Wer also heute Nationalist sein will, muss Sozialist sein. Und umgekehrt*», ist eine Kernaussage in Rosenbergs «Mythos des 20. Jahrhunderts» (München 1930).

Für die These von der ideologischen Verwandtschaft von Nationalsozialismus und Sozialismus gibt es also genügend ideengeschichtlich belegbare Argumente. Hinter dem «*Hitler/Stalin-Pakt*» steckte mehr als nur ein machtpolitisches Täuschungsmanöver. Heikel ist die Beurteilung der «Faschismusnähe» bei den real existierenden Parteien in der Schweiz und bei einzelnen Exponenten in den dreissiger Jahren. Aber auch dort ist *Christoph Blocher*s Kriterium der jeweiligen «Nähe» historischer und aktueller Parteiprogramme und -aktivitäten bestimmt mindestens diskussionsfähig und diskussionswürdig und keinesfalls entschuldigungsbedürftig.

Zwangssolidarität oder Privatautonomie?

Es wäre allerdings fruchtbarer gewesen, wenn eine ideologiekritische grundsätzliche Sozialismus-Diskussion (Kollektivismus contra Individualismus, Zwangsrecht contra Privatautonomie) ausgelöst worden wäre und nicht eine historische und personenbezogene Diskussion über die damalige und die heutige SPS und SVP/BGB. In einer gegenwartsbezogenen Sozialismus-Diskussion müsste nämlich die zerstrittene Führung der SPS Farbe bekennen bei der Frage, wie denn die heutige Sozialdemokratie und speziell die SPS zum heutigen Sozialismus steht, zum internationalen, europäischen und zum nationalen. Wie sozialistisch, wie demokratisch ist man als Sozialdemokrat bzw. als Sozialdemokratin und – wenn zu entscheiden ist – was hat Vorrang, z.B. in Kuba, Demokratie oder Sozialismus?

Dann würde auch klar, dass die SPS heute eine nicht ganz eindeutig bestimmbare Spielart des nationalen Sozialismus und Demokratismus mit EU-supranationalistischem Einschlag vertritt, eine Art etatistischer Euro-*Welfareism*, welcher die Europäische Wertegemeinschaft der Sozialdemokraten (den Umverteilungs- bzw. Wohlfahrtsstaat) ins Zentrum stellt. Die Nationalsozialisten haben seinerzeit unter dem Motto «*Gemeinnutz geht vor Eigennutz*» die Deutsche Volksgemeinschaft verabsolu-

tiert. Heute wird diese diffuse Gemeinschaftsideologie auf Europa ausgeweitet, und man spricht nicht mehr von völkischer Gemeinschaft, aber von «Europäischer Wertegemeinschaft», und meint dabei auch den Wohlfahrtsstaat mit den «Menschenrechten», die primär als Teilhaberechte am Sozialstaat begriffen werden und nicht als Abwehrrechte gegen Regierungswillkür.

Der Wohlfahrtsstaat ist mit seinem volksbezogenen Umverteilungsmodell und seiner kollektivistischen Sozial-, Wirtschafts- und Kulturpolitik ein sehr wichtiger gemeinsamer Nenner von Sozialismus und Faschismus bzw. Nationalsozialismus. Die beiden Modelle unterscheiden sich von der Struktur und von der Zielsetzung her kaum. Im Zentrum steht das sogenannte Gemeinwohl, das Motto lautet auch hier «*Gemeinnutz geht vor Eigennutz*». Es wäre interessant, von den Befürwortern über die wesentlichen Unterschiede aufgeklärt zu werden. Die wohlfahrtsstaatliche Bürokratie «weiss», was für «das Volk» gut und zuträglich ist, fördert und verbietet, erzieht und lenkt, nimmt den einen und gibt den andern, alles nach «wissenschaftlichen Kriterien» und nach modernstem publikumsfreundlichem Management, von der Wiege bis zur Bahre. Dies gilt methodisch für alle wohlfahrtsstaatlichen Modelle, für faschistische, sozialistische und sozialdemokratische, die sich nur bei einzelnen Zielen und bei den Methoden der Implementierung unterscheiden. Auch diese von manchen als «abstrus» bezeichneten Parallelen werfen durchaus aktuelle und prinzipielle Fragen auf, auch auf EU-Ebene. Schade ist nur, dass sie zur Zeit in einem derart gehässigen und vergifteten Klima diskutiert werden. Retourkutschen und Gegenangriffe sind in der Politik nicht unüblich. Ob sie auf mittlere und lange Frist als Gesprächsbasis taugen, bezweifle ich. Die Debatte muss jenseits der persönlichen Diffamierung und jenseits der parteipolitischen Polemik geführt werden. Vielleicht gelingt es ja, die Kindergartenstufe des «Nachrufens» zu überwinden. Eine solche Diskussion scheint nur möglich, wenn sie sich von den ursprünglichen Protagonisten löst, die sich in ihre «linken» und «rechten» Sackgassen des «Schwarz/Weiss»- bzw. «Rot/Braun»-Denkens verirrt haben. Ein Anfang ist hier versucht worden. Das Wort ist frei. ♦

.....

Die
Debatte
muss
jenseits der
persönlichen
Diffamierung
und jenseits
der partei-
politischen
Polemik
geführt
werden.

.....

Alois Riklin,

geboren 1935, ist seit 1970 Professor für Politikwissenschaft an der Universität St. Gallen, Gründer und Leiter des Instituts für Politikwissenschaft, 1982–1986 Rektor der Universität St. Gallen.

KONKORDANZ, KOALITION ODER KONKURRENZ?

Die Begriffe Konkordanz und Konkurrenz dienen gleichzeitig als Ziel scharfer Kritik und als Projektionswand vielfältiger Wünsche nach Veränderung. Sind die Tage der Konkordanzdemokratie gezählt? Wäre die Konkurrenzdemokratie eine realistische und wünschenswerte Alternative? Oder mindestens die Koalitionsdemokratie? Oder lebt die vielfach tot gesagte Konkordanz länger?

Mindestens alle vier Jahre, wenn Bundesparlament und Bundesrat zu wählen sind, kehren mit unfehlbarer Regelmässigkeit die gleichen Schlagzeilen wieder: Schluss mit der Konkordanz, Schluss mit dem politischen Kuhhandel, Schluss mit dem faulen Zauber der Zauberformel, Schluss mit dem Doppelspiel oppositioneller Regierungsparteien, Schluss mit dem undemokratischen Machtkartell.

Was heisst überhaupt «Konkordanz»? Die Antwort scheint einfach, ist es aber nicht. Es gibt keine Legaldefinition und demzufolge einen gewissen Ermessensspielraum¹. Ich gehe vereinfachend von der folgenden Typologie aus: «Konkordanz» ist eine Demokratieform, in der die Regierung aus mehreren Parteien zusammengesetzt ist, die mindestens zwei Drittel der Volkskammer repräsentieren (Beispiel: Schweiz). «Koalition» ist eine Demokratieform, in der die Regierung aus zwei oder mehr Parteien zusammengesetzt ist, die weniger als zwei Drittel der Volkskammer repräsentieren (Beispiel: Deutschland). «Konkurrenz» ist eine Demokratieform, in der im Rahmen eines Zweiparteiensystems ein regelmässiger Wechsel zwischen Regierung und Opposition stattfindet (Beispiele: Grossbritannien und USA). «Hegemonial» ist eine Demokratieform, in der eine Partei allein oder mit wechselnden Partnern während mehrerer Legislaturperioden die Regierung bildet (Beispiel: Italien zur Zeit der *Democrazia cristiana*).

Die Schweiz hat seit 1848 drei der vier Demokratietypen praktiziert. Von 1848 bis 1891 herrschte die Hegemonialdemokratie, ab 1891 mutierte die Demokratie schrittweise zur Koalition und ab 1943 – mit einem retardierenden Moment – zur Konkordanz. Von 1959 bis 1999 galt für die Zusammensetzung die Zauberformel 2:2:2:1, wobei die Parteien entsprechend ihren Wähleranteilen vertreten waren. Seit 1999

ist die CVP übervertreten und die SVP untervertreten.

Die Konkurrenzdemokratie kam in der Geschichte des schweizerischen Bundesstaates nie zur Anwendung. Wäre sie dennoch eine realistische Option? Und wenn die Konkurrenzdemokratie nicht machbar sein sollte, wäre wenigstens die Koalitionsdemokratie in Form einer Mitte-Rechts-Regierung oder einer Mitte-Links-Regierung eine wünschenswerte Alternative? Sie würde zwar keinen totalen, aber wenigstens einen teilweisen Wechsel von Regierung und Opposition ermöglichen.

Ich wähle zur Klärung des Problems die Methode des *Thomas von Aquin*. Er ist in der «*Summa theologiae*» die Fragestellungen (*questiones*) jeweils in drei Schritten angegangen. In einem ersten Schritt sammelte er die Einwände und Zweifel (*objectiones et dubia*). In einem zweiten Schritt machte er die Gegenargumente namhaft (*sed contra*). Erst im dritten Schritt gab er dann seine eigene Meinung kund (*respondeo dicendum*). «Denn», schrieb der von *Thomas* hochverehrte *Aristoteles*, «wenn wir imstande sind, nach beiden Seiten Bedenken zu erheben, werden wir leichter erkennen, was hier und was dort wahr oder falsch ist».

Im Folgenden beleuchte ich nach diesem Argumentationsmuster in einer Art «Rollenspiel» das Thema von verschiedenen Seiten und äussere abschliessend meine Meinung.

Plädoyer gegen die Konkordanz

«Die Schweiz hat den Krebs.» Das orakelte unlängst nicht irgendwer, sondern der Ständerat einer Partei, die sich für die staatstragende hält. Der Krebs befällt alle Organe. Beginnen wir mit dem Bundesrat. Er ist führungsschwach, zerstritten, gespalten. Gespalten in der Europapolitik, in der Wirtschaftspolitik, in der Umweltpolitik,

¹ Eine Liste mit Literaturhinweisen kann bei der Redaktion der «Schweizer Monatshefte» bestellt werden.

in der Sozialpolitik, in der Sicherheitspolitik, in der Vergangenheitsbewältigung. Das ist nicht erstaunlich. Aus einem parteipolitisch so bunt zusammengewürfelten Gremium von Einzelkämpfern *kann* keine verschworene Gemeinschaft werden. Die sachlichen Zerstrittenheiten und Animositäten werden nicht einmal diskret unter der Decke gehalten. Kaum eine Stunde vergeht, bis nach einer Bundesratssitzung nicht die Interna, auch vertrauliche, durchgesickert sind, vornehmlich an die Ringier-Medien. Neidisch beäugt man die Popularitätskurven der Kollegen. Jeder verwaltet sein Departement und registriert nach dem Sankt-Florian-Prinzip schadenfreudig, wenn andere Häuser angezündet werden. Von Kollegialität keine Spur. Ich gebe zu, dass in jüngster Zeit eine leichte Besserung eingetreten ist, aber keine Heilung des Krebsübels.

Nicht nur die Spitze ist führungs-schwach. Der ganze Entscheidungsprozess ist ineffizient, ineffektiv und innovationsfeindlich. Der Aufwand des vorparlamentarischen, parlamentarischen und nachparlamentarischen Verfahrens der Willensbildung ist, bei geringem Ertrag, enorm. Das Endresultat ist entweder ein Kompromiss am Rande des Status quo oder gar ein Nullentscheid. Dreissig Jahre dauerte der Prozess für die Totalrevision des durch 140 Partialrevisionen unlesbar gewordenen Flickwerks der Bundesverfassung, mit meterlangen Vernehmlassungsfolianten und x Expertenkommissionen. Es reichte in einer Zitterpartie gerade für eine Nachführung des geltenden Rechts. Die Reformprojekte sind gescheitert, die Volksrechtereform ebenso wie die ursprünglich vorgeschlagene Justizreform. Die Parlamentsreformversuche versandeten. Statt der Föderalismusreform wurde der föderalistische Wildwuchs durch die kantonale Regierungskonferenz vermehrt, statt gelichtet. Und das Regierungsreformunternehmen dümpelt nunmehr im zehnten Jahr dahin.

Nicht genug damit! Die Spaltpilze breiten sich aus, von der Regierung zu den Regierungsparteien in Bund, Kantonen und Gemeinden. Die Bundesratsparteien, allen voran die SVP und die SP, gefallen sich in der Doppelrolle von Machtanteil und Opposition. Dafür erhalten sie bei den Wahlen noch einen Bonus. Ein in Demagogie besonders geübter Repräsentant einer Regierungspartei kann es sich sogar unge-

straft leisten, die *«politische Klasse»* zu verhöhn, als ob er nicht dazugehörte, und den Bundesrat, einschliesslich des eigenen, als *«das grösste Sicherheitsrisiko des Jahrhunderts»* zu denunzieren.

Wir haben ein überbremstes politisches System. In diesem System gibt es keine klaren politischen Verantwortlichkeiten. Jede Regierungspartei, jeder Bundesrat übernimmt höchstens eine Teilverantwortung. Für das Gesamtsystem sind alle verantwortlich, d.h. niemand. Bisherige Amtsträger werden wiedergewählt, auch wenn ihr Leistungsausweis schwach ist, ja selbst wenn sie mit ihrer Politik Schiffbruch erlitten haben.

Wen wundert es da noch, dass die Staatsverdrossenheit wächst. Ein Symptom dieser Staatsverdrossenheit ist die tiefe und sinkende Stimmbeteiligung. Sie ist auf Bundesebene seit 1945 bei Sachabstimmungen um 20 Prozentpunkte, bei den Nationalratswahlen um 29 Prozentpunkte abgesackt.

Ein *zweites* Indiz ist das sinkende Vertrauen. Gemäss den Repräsentativbefragungen von Univox hat der Anteil derjenigen, die mit der Regierungspolitik zufrieden sind, zwischen 1993 und 1998 von 40 auf 28 Prozent abgenommen, während der Anteil der Unzufriedenen im gleichen Zeitraum von 17 auf 27 Prozent zugenommen hat; die grösste Gruppe von gut 40 Prozent war unentschieden. (Univox II A 1998, S. 3)

Ein *drittes* Indiz sind die Zweifel am Konkordanzsystem in allen Parteien. Die FdP hat sich mit der Zauberformel nie recht abgefunden. Dass die Nicht-Regierungsparteien gegen das Machtkartell seit je aufmuckten, kann man leicht nachempfinden. Die SP spielte 1983 nach der Nichtwahl von *Lilian Uchtenhagen* mit dem selbstgewählten Austritt. Die Zürcher FdP versuchte 1995, die SVP 1999, die Zauberformel zu sprengen. Auch in der CVP, der Erfinderin der Zauberformel, regt sich Skepsis. Selbst Bundesräte sprechen von Abnützungerscheinungen der Konkordanz, vom Schrumpfen des Vorrats an Gemeinsamkeiten.

Wollen wir dem langsamen Absterben der Konkordanz resigniert zusehen? Sollten wir nicht versuchen, mit einem chirurgischen Eingriff dem Krebsgeschwür Herr zu werden? Durch bewussten Systemwechsel zur Konkurrenz- oder mindestens zur Koalitionsdemokratie?

Der
Aufwand des
vorparlamentarischen,
parlamentarischen und
nachparlamentarischen
Verfahrens der
Willensbildung
ist, bei
geringem
Ertrag, enorm.

Die in der Rolle des Kritikers vorgebrachten Argumente gegen die Konkordanz sind keineswegs neu. Das bekannte Klage-
 lied über das angebliche «Helvetische Malaise» scheint mir Ausdruck schweizerischer
 Froschperspektive. Ich weiss nicht, von wem das Wort stammt, aber es passt genau
 auf unser Problem: «*Quand je me regarde, je m'inquiète; quand je me compare, je me ras-
 sure.*» Der Kleinstaat Schweiz ist wirtschaft-
 lich eine Mittelmacht. In bezug auf Lebens-
 standard, Lebensqualität, Wettbewerbs-
 fähigkeit, Beschäftigungsgrad, Patente, No-
 bel-Preise u.a.m. steht unser Land in den
 Spitzenrängen der Weltrangliste.

Plädoyer für die Konkordanz

Die Vertrauenskrise, wenn es sie denn
 tatsächlich gibt, ist kein schweizerisches,
 sondern ein internationales Phänomen.
 Misstrauen gegenüber der Regierung und
 der *classe politique* wird in allen unseren
 Nachbarstaaten konstatiert. In den USA ist
 das Vertrauen in die Regierung von drei
 Vierteln der Amerikaner im Jahr 1964 auf
 einen Viertel gesunken. Vertrauenskrisen
 kann man auch herbeireden. Das politische
 Tier Mensch scheint einen Feind nötig zu
 haben. Wenn es nicht mehr die Juden oder
 die Kommunisten sind, dann halt die Isla-
 misten oder die Eurokraten in Brüssel oder
 die Landesverräter in Bern, welche letztere
 angeblich die Unabhängigkeit und die
 Neutralität preisgeben wollen.

Es gibt auch Gegenindizien zur Ver-
 trauenskrise, beispielsweise die Wähler-
 anteile der Regierungsparteien. Von 1959
 bis 1991 sank er von 85 Prozent auf
 den Tiefstpunkt von 70 Prozent. Man
 glaubte allgemein an einen unaufhaltsamen
 Schrumpfungsprozess der Regierungspar-
 teien und interpretierte das Phänomen als
 Indiz für das langsame Absterben der Kon-
 kordanz. Doch bei den Nationalratswahlen
 1995 trat überraschend eine Trendwende
 ein. Das Stimmungsbarometer stieg auf 74
 Prozent, 1999 sogar auf 81 Prozent. Das
 schlug sich verstärkt in den Mandatsantei-
 len der Bundesratsparteien nieder. Mit 86,5
 Prozent im Nationalrat, 100 Prozent im
 Ständerat und 89 Prozent in der Vereinig-
 ten Bundesversammlung übertrifft der
 Mandatsanteil insgesamt in der laufenden
 Legislaturperiode sogar das Spitzenresultat
 von 1959. Im internationalen Vergleich ist



Peter Paul Rubens (1577–1640), *Bathseba am Springbrunnen*, Öl auf Leinwand, Gemäldegalerie Dresden.

Zweimal missbraucht König David seine Untertanen mit Briefen, die dem Anschein nach allergrösstes Vertrauen von Seiten des Herrschers vorgeben. Vom Dache seines Palastes sieht David Bathseba, die Frau seines Offiziers Uria, am Brunnen. Von Verlangen erfüllt lässt er sie mittels eines schmeichelnden Billetts zu sich kommen. Rubens hat die Szene der Billettübergabe durch einen Diener festgehalten. Uria kämpft währenddessen an der Front gegen die Moabiter. Als er in der Nacht, in der David ihn mit Bathseba betrügt, nach Hause kommt, will er seine Frau nicht sehen, weil sich das für einen im Kriegsdienst stehenden Mann nicht gehört. So erfährt er nicht, was sich zugetragen hat. Doch David treibt die Perfidie auf die Spitze, indem er Uria einen Brief an Joab, seinen Feldherrn, mitgibt, in dem der König diesem aufträgt, Uria an die gefährlichste Stelle zu schicken. Uria fällt in der Schlacht. (Michael Wirth, siehe auch Kommentar zum Titelblatt S. 12)

das ein sensationelles Ergebnis. Normalerweise verlieren Regierungsparteien im Lauf der Zeit an Wählergunst.

Eine Regierungstabilität über volle vierzig Jahre hinweg, dazu mit Aufwärtstrend, ist ein echter Sonderfall.

Die Stimmbastinenz ist kein Gradmesser der Staatsverdrossenheit. Die Stimmbastinenten sind nicht lauter politisch Unzufriedene, sondern auch politisch Zufriedene und politisch Uninteressierte. Vielmehr ist

die tiefe und gesunkene Stimmbeteiligung eine Folge der intensiven und intensivierten direkten Demokratie. Die Hälfte aller Volksabstimmungen auf Bundesebene seit 1848 fand in den letzten dreissig Jahren statt.

Das Volk wünscht mehrheitlich die Konkordanz. Die Repräsentativbefragungen weisen sogar eine steigende Tendenz aus, von 54 Prozent 1994 auf 70 Prozent 1999. (Univox, II A 1994, S. 15; «Sonntagszeitung», 28. November 1999). Die Bevorzugung der Konkordanz durch das Wahlvolk zeigt sich auch in den Kantonen. Obwohl die Stimmbürger in 24 von 26 Ständen die Kantonsregierungen mittels Majorz wählen, entscheiden sie sich überwiegend für den freiwilligen Regierungsproporz. Im Kanton Genf wagte man 1993 eine Mitte-Rechts-Regierung; das Abenteuer scheiterte kläglich; das Volk erteilte der Regierung in der Volksabstimmung eine Abfuhr; 1997 kehrte die SP gestärkt in die Regierung zurück.

Ein weiteres Gegenindiz zur angeblichen Vertrauenskrise sind die Volksabstimmungen. Entgegen einer weit verbreiteten Meinung haben die Desavouierungen von Bundesrat und Parlamentsmehrheit in Relation zur Zahl der Abstimmungen nicht zugenommen, sondern abgenommen. In der letzten Legislaturperiode fanden auf Bundesebene 34 Volksabstimmungen statt; 28 Mal entschieden sich die Stimmbürger im Sinne von Bundesrat und Parlamentsmehrheit, nur 6 Mal gegen sie. Das ist ein respektabler Leistungsausweis.

Wie präsentiert sich der Leistungsausweis im Vergleich zu Konkurrenz- und Koalitionssystemen? Die deutsche Politikwissenschaftlerin *Heidrun Abromeit* hat die schweizerische Konkordanzdemokratie mit der britischen Konkurrenzdemokratie und der deutschen Koalitionsdemokratie verglichen². Sie kommt zum Schluss, dass die Schweiz nicht schlechter abschneidet. Ungeachtet der Systemunterschiede stellt sie in allen drei Demokratien Kurzfristpolitik, Kleine-Schritte-Politik und Politikblockaden fest. Die eidgenössische Politik mag langweiliger sein als die arenaartigen aufgeregt-theatralischen Gladiatorenshows bipolarer Systeme. Aber es war ein Engländer, *Walter Bagehot*, der schrieb: «Langweiligkeit in Regierungsangelegenheiten ist ein gutes Zeichen.» Und es war der Historiker

Die
Stimmabstinenz
ist kein
Gradmesser
der Staats-
verdrossenheit.

2 *Heidrun Abromeit*, *Staatstätigkeit und Immobilismus: nur ein Schweizer Phänomen?*, in: *Heidrun Abromeit/Werner H. Pommerehne* (Hrsg.), *Staatstätigkeit in der Schweiz*, Verlag Paul Haupt, Bern 1992, S. 305–325.

3 *Gebhard Kirchgässner/Lars P. Feld/Marcel R. Savioz*, *Die direkte Demokratie – Modern, erfolgreich, entwicklungs- und exportfähig*, Verlag Helbing und Lichtenhahn, Basel 1999.

4 *Raimund Germann*, *Staatsreform, Der Übergang zur Konkurrenzdemokratie*, Verlag Paul Haupt, Bern 1994.

Golo Mann, ein Freund der Schweiz, der die passive der aktiven Regierung vorzog. Eine taufrische Studie von St. Galler Ökonomen bescheinigt der direkten Konkordanzdemokratie der Schweiz in Sachen Staatsquote, Steuerquote und Staatsverschuldung bessere Resultate als repräsentativen Koalitions- und Konkurrenzdemokratien³.

Jede Demokratieform hat Stärken und Schwächen. Die Kritiker der Konkordanzdemokratie nehmen nur die Schwächen wahr und sehen in der Konkurrenz- bzw. Koalitionsdemokratie nur die Stärken. Aber auch letztere weisen offensichtliche Schwächen auf, beispielsweise die kostspieligen Kurswechsel oder die Degradation der Parlamentarier zum «*Stimmvieh*» (*Max Weber*) von Regierungsmehrheit und Opposition. Konkordanzbefürworter ziehen hingegen eine kontinuierliche Politik und das freie Mandat der Parlamentarier vor.

Wenn Wirtschaftsbosse sich ausnahmsweise einmal zur Konkordanzpolitik äussern, dann aber rasch entschlossen mit einem zu kurzen Schnellschuss ihre hierarchischen Führungskonzepte auf die Politik übertragen, einen schlankeren Staat mit monokratischer Führungsspitze und geschwächten Volksrechten fordern, scheinen sie zu ignorieren, dass der Staat andere Werte zu pflegen hat als die Wirtschaft, nämlich demokratische, rechtsstaatliche, sozialstaatliche und föderalistische. Die Wirtschaftsbosse verschweigen auch gern ihre Angewohnheit, die Folgen ihrer Führungsfehler und Sanierungsverluste auf den Staat bzw. den Steuerzahler abzuwälzen.

Der im letzten Jahr allzu früh verstorbene Politikwissenschaftler *Raimund Germann* hat sich über zwanzig Jahre lang am intensivsten mit dem Übergang von der Konkordanz zur Konkurrenz auseinander gesetzt⁴. *Germann* befürwortete diesen Übergang. Sein Katalog der Vorbedingungen spricht zugleich für seine intellektuelle Redlichkeit und für den Utopismus seines Unterfangens. Das Massnahmenpaket, das er zum Gelingen des Systemwechsels für notwendig hält, umfasst die folgenden Eingriffe: 1) Relatives Mehrheitswahlrecht in Einerwahlkreisen bei den Nationalratswahlen, 2) Berufsparlament, 3) Verringerung der Gesetzgebungskompetenzen des Ständerats, 4) Wahl des Bundesrates allein durch den Nationalrat, 5) starker Bundespräsident mit vierjähriger Amtsdauer, 6)

Reduktion der obligatorischen Referenden durch Kompetenzvermutung zugunsten des Bundes statt der Kantone, 7) Reduktion des fakultativen Referendums durch Einführung des Parlaments- anstelle des Bürgerreferendums, 8) Erschwerung der Verfassungsinitiative. *Germann* hatte recht: Ohne massiven Abbau der direkten Demokratie und ohne Eingriffe in unser Verfassungssystem ist der Übergang zur Konkurrenz nicht zu bewerkstelligen.

Glaubt jemand im Ernst, dass sich in Volk und Ständen (Kantonen) Mehrheiten für eine solche Rosskur finden lassen? Dass mit unserem angeblich so innovationsfeindlichen Entscheidungsprozess ein so radikaler Innovationsschub machbar ist?

Eigene Beurteilung

Diagnose:

Die Lageanalyse in der Rolle des Konkordanzkritikers scheint mir zwar zu düster. Aber wir befinden uns tatsächlich in einer doppelten Krise der Institutionen und der Aussenbeziehungen.

Die Krise der Institutionen zeigt sich in der Reformunfähigkeit. Regierungsreform, Parlamentsreform, Justizreform, Föderalismusreform, Volksrechte reform, – sie alle sind ganz oder überwiegend auf der Strecke geblieben. Das muss beunruhigen.

*Montesquieu*⁵ und *Burke*⁶ haben sinn- gemäss geschrieben, dass ein Staat langfristig nicht überlebt, der nicht aus eigener Kraft reformfähig ist.

Die Krise der Aussenbeziehungen zeigte sich am sichtbarsten in den drei gescheiterten Volksabstimmungen über den UN-Beitritt (1986), den EWR-Beitritt (1992) und die Blauhalm-Vorlage (1994). Aussenpolitisch ist die Schweiz eine zersplitterte Nation ohne kollektive Handlungsfähigkeit, eine politische Willensnation ohne politischen Willen. Das gute Image der Schweiz im Ausland verblasst, wendet sich wieder wie am Kriegsende zum hässlichen Bild des Trittbrettfahrers, Kriegsgewinners und Eigenbrötlers. Die bilateralen Abkommen mit der EU gewähren eine Verschnaufpause, sind aber keine dauerhafte Lösung. In einem schleichenden Prozess wandelt sich die Schweiz zu einem scheinautomen, scheinsouveränen Nachvollzugsland.

Der Historiker *Herbert Lüthy* hat diese Doppelkrise vor dreissig Jahren geradezu

Es gibt
zur
Konkordanz
keine
erfolg-
versprechende
Alternative.

prophetisch vorausgesehen: «Jedermann spürt mehr oder weniger deutlich, dass all dies (*Lüthy* meinte u.a. die historisch gewachsenen politischen Einrichtungen der Schweiz – A.R.) einer neuen Überprüfung bedarf und dass ein dauerndes Durchwursteln ohne neue grundsätzliche Entscheidungen schliesslich in eine Krise der Institutionen führt. Eine Krise, die sich mit einer noch schwerwiegenderen verbinden könnte, nämlich derjenigen unserer Beziehungen mit der in voller Wandlung begriffenen Aussenwelt.⁷» Genau dies ist unser Doppelproblem heute: aufgestauter innerer Reformdruck und gesteigerte Anforderungen einer äusserst dynamischen Aussenwelt.

Therapie:

Die Konkurrenzdemokratie ist in der Schweiz nicht machbar. Die Koalitionsdemokratie ist machbar; aber es müsste damit gerechnet werden, dass die ausgeschlossene Partei die Regierung durch Referenden und Initiativen am Regieren hindert und dass sie später gestärkt in die Regierung zurückkehren würde.

Nach meiner Meinung gibt es zur Konkordanz keine erfolgversprechende Alternative. Nichts geht ohne das unablässige Zusammenraufen zu halbhatzigen, halbherzigen Kompromissen. Wir müssen lernen, mit einer mittleren politischen (Un-) Zufriedenheit zurecht zu kommen. Wir müssen versuchen, mit und trotz Konkordanz das Bestmögliche aus einer fast hoffnungslosen Situation herauszuholen. Das ist nichts für Begeisterungstürme. «Wir werden in der Politik nie ideale Verhältnisse vorfinden» (*Konrad Adenauer*), in der Konkordanzdemokratie erst recht nicht. Was *Max Weber* für die Politik allgemein formuliert hat, gilt *a fortiori* für die Konkordanzpolitik: «Die Politik bedeutet ein starkes langsames Bohren von harten Brettern mit Leidenschaft und Augenmass zugleich (...) Nur wer sicher ist, dass er daran nicht zerbricht, wenn die Welt, von seinem Standpunkt aus gesehen, zu dumm oder zu gemein ist für das, was er ihr bieten will, dass er all dem gegenüber «dennoch!» zu sagen vermag, nur der hat den «Beruf zur Politik».⁸»

Unter den direktdemokratischen, föderalistischen und sprachpluralistischen Gegebenheiten scheint die Konkordanzdemokratie nach wie vor die schlechteste Demokratieform mit Ausnahme aller übrigen. ♦

5 Montesquieu, *Considerations sur les causes de la grandeur des Romains et de leur décadence*, Paris 1734.

6 Edmund Burke, *Betrachtungen über die Französische Revolution*, Frankfurt/Main 1967.

7 Herbert Lüthy, *Die Schweiz als Antithese*, Edition Arche Noah, Zürich 1969, S. 32.

8 Max Weber, *Politik als Beruf*, Verlag Duncker & Humblot cop., Berlin 1964, S. 67.

Joseph Jurt,

geb. 1940 in Willisau-Land/Schweiz. Professor für Romanische Literaturwissenschaft an der Universität Freiburg im Breisgau. Seit 1997 Mitglied des Deutsch-Französischen Kulturrates. Seit 1989 Mitglied des Vorstands des Frankreich-Zentrums, 1992 Chevalier dans l'ordre des Palmes académiques, 1999 Verleihung der Universitätsmedaille der Universität Freiburg, seit Mai 2000 Mitglied des Schweizerischen Wissenschaftsrates.

«AM ANFANG WAR DAS WORT...»

Zur Historisierung des Wahrheitsgehaltes der Sprache in der abendländischen Zivilisation

Der Schweizer Romanist Joseph Jurt hat mit seinen Schriften einen wesentlichen Beitrag zu einer Auseinandersetzung mit den französischen Poststrukturalisten im deutschsprachigen Raum geleistet. Michael Wirth traf Joseph Jurt im Frankreich-Zentrum der Universität Freiburg im Breisgau, dessen Vorstandsvorsitzender er ist, zu einem Gespräch über die radikale Infragestellung des Logozentrismus, einer der Pfeiler westlichen Denkens, durch die neuere französische Sprachphilosophie.

Michael Wirth: «Am Anfang war das Wort, und das Wort war bei Gott, und Gott war das Wort», heisst es im Johannes Evangelium. Was verbirgt sich hinter der Gebundenheit der abendländischen Zivilisation an das Wort?

Joseph Jurt: Die Idee hinter dem Primat des Wortes impliziert die Selbstpräsenz der Sache. Das Wort ist die Sache, es gibt keine Differenz. Und damit die Idee der Selbstpräsenz der Sache auch trägt, braucht es einen Garanten, einen Urheber des Wortes. Die Garanten sind metaphysischer Natur: Es ist der Begriff «Gott», es ist der Begriff «Mensch», die «Natur». Diese Eckpunkte stehen für die unmittelbare «Selbstverständlichkeit» des Wortes. Die Schrift ist gegenüber dem primären Wort in der abendländischen Tradition lediglich ein Substitut. So sieht es bereits Augustin. Anders verhält es sich in der jüdischen Tradition. In der Kabbalistik ist die Schrift das Primäre. Es gibt dort die Vorstellung, dass die Welt entstanden sei aus einer Konfiguration von Buchstaben.

Wurde nicht auch schon in der christlichen Tradition das Primat des Wortes in Zweifel gezogen?

In der Tat kommt es im 17. Jahrhundert bereits zu Erschütterungen der Vorstellung, dass eine Unmittelbarkeit des Bezugs zwischen Wort und Sache existiere. Michel Foucault hat dies in seinem Buch «Les mots et les choses» beschrieben. Ausgangspunkt seiner Überlegungen ist die Analogie zwischen dem sprachlichen Zeichen und der bezeichneten Sache, die im Mittelalter festzustellen ist. Man glaubte im Mittelalter, mittels phantasievoller gedanklicher Konstrukte, im Wort etwas zu erkennen, das in der bezeichneten Sache

selbst zu finden sei. Dazu gehörte zum Beispiel auch die das christliche Weltbild bestimmende Vorstellung einer Analogie, die Idee, im Mikrokosmos den Makrokosmos wiederzufinden. Im 17. Jahrhundert tritt an die Stelle des Analogiemodells das Repräsentationsmodell. Die Sprache erhält nun eine Dreidimensionalität: die phonetische Seite, den gedanklichen Inhalt und die Sache selbst. Die Beziehung aber zwischen dem sprachlichen Zeichen und dem Inhalt erscheint als arbiträr und nicht mehr motiviert. Man erkennt, dass die sprachlichen Zeichen auf Konvention beruhen.

Wie wirkt sich das in der Lebenswirklichkeit des 17. Jahrhunderts aus?

Ein schönes Beispiel wäre hier Molières «Misanthrope». Alceste sagt einmal: «Qu'en homme d'honneur, on ne lâche aucun mot qui ne parte du cœur.» Er will, dass die Sprache unmittelbarer Ausdruck des Herzens ist. Hier findet der Traum einer individuellen Sprache seinen Ausdruck. Alceste erkennt jedoch, dass die Sprache ein allgemein anerkannter Code ist und sich deshalb gar nicht individualisieren lassen kann. Das Bewusstsein dieses «Mangels» einerseits und die Erkenntnis der willkürlichen, auf Konventionen beruhenden Zuordnung von Wort und Bedeutung andererseits, führte dazu, dass man damals das Verhältnis zum Wahrheitsgehalt des Gesagten freier gestaltete. Der *honnête homme* darf nicht lügen, aber er muss nicht sagen, was er denkt. Die Sprache wurde zunehmend zum Instrument, mit dem man gleichsam spielen konnte. Alceste hat das nicht begriffen. Rousseau fand ja auch den Dialog in der Gesellschaft korrupt, weil – hier hören wir wieder Alceste heraus

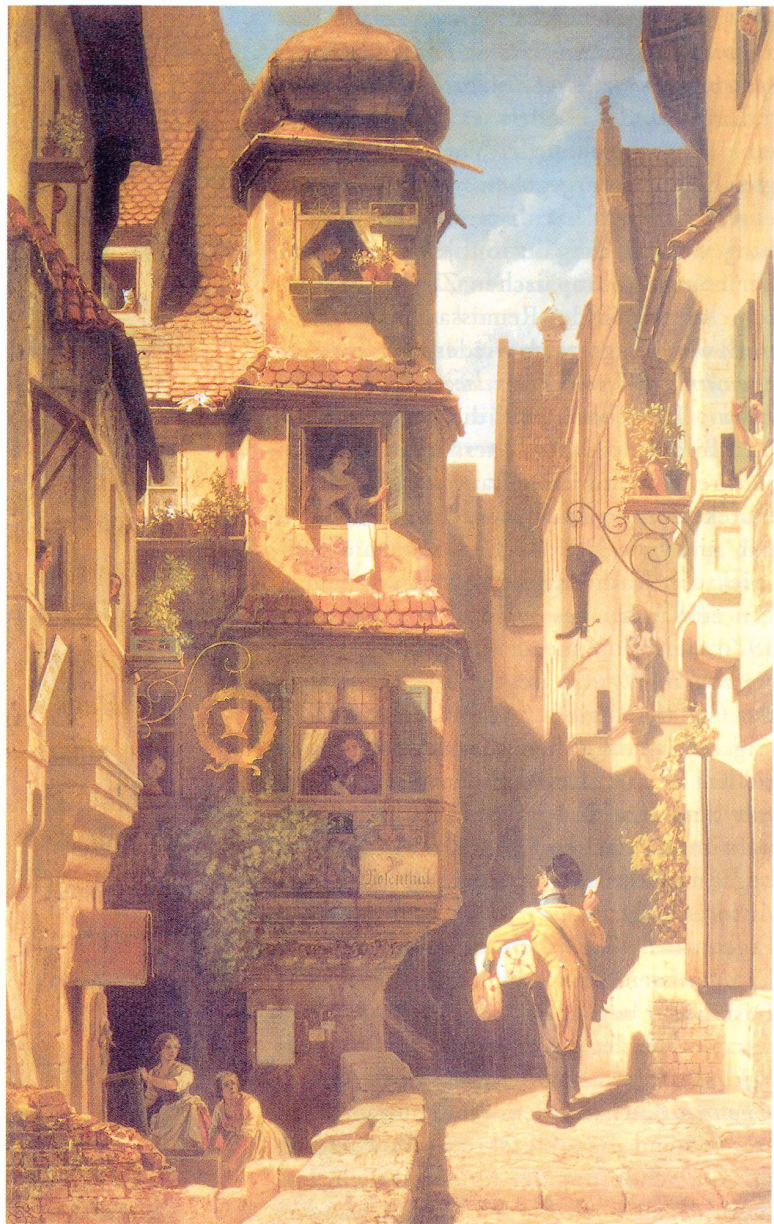
– er nicht von Herz zu Herz ging. *Rousseaus* Hass auf *Molière* hat im übrigen hier seinen Grund. *Rousseau* kam mit der Art und Weise, wie die Pariser Gesellschaft die Sprache nutzte, nicht zurecht. Und weil er über das Wort sich selbst nicht zum Ausdruck bringen konnte, musste er – zurückgezogen lebend – schreiben, obwohl er ja eigentlich auch die Schrift ablehnte, weil sie auch nicht unmittelbar war, sondern ein Vermittlungsinstrument.

Der französische Philosoph *Jacques Derrida* stellt in seinen Schriften, insbesondere in «*Die Schrift und die Differenz*», seit den sechziger Jahren den Logozentrismus, das Primat des Wortes in Frage.

Für *Jacques Derrida* liegt der Vorteil der Schrift darin, dass ihr nicht die Unmittelbarkeit des Wortes eigen ist. Für ihn ist die Schrift ein Medium, bei der der Urheber, der Garant, nicht unmittelbar präsent ist. Die Schrift schafft einen «Abstand», den *Derrida* «*différance*» nennt. Zum einen ist damit die fehlende Unmittelbarkeit der Wirkung des gesprochenen Wortes gemeint, zum anderen heisst «*différance*» aber auch das Aufschieben des Sinns, weil Wort und Sinn nicht unmittelbar zur Deckung gelangen. Denn die Schrift zwingt, im Gegensatz zum gesprochenen Wort, den Leser, sie zu entziffern, sie zwingt ihn zu einer interpretatorischen Anstrengung, die dazu führt, dass ein Text nicht von jeder Leserin, jedem Leser gleich verstanden wird. Wort und Sinn driften also auseinander. In der Kontinuität des mündlichen Dialogs hätte man dazu gar keine Zeit.

Aber heute verweisen doch alle Texte auf ihren Urheber?

Derrida argumentiert in der Tat sehr idealtypisch. Er stellt den Logozentrismus in radikalster Form in Frage und stiess damit vor allem in Deutschland auf Ablehnung, weil er sich gegen eine Jahrhunderte lang geltende Tradition wendete. Er geht von der bereits erwähnten kabbalistischen Vorstellung aus, dass im Judentum die Welt aus Schriftzeichen entstand, die Schrift zuerst da war, also das Primat besitzt. In der Tat hat heute in den abendländischen Gesellschaften jedes geschriebene Wort seinen Garanten. Alle Texte werden signiert. Und auch bei nicht-signierten Schriftstücken gibt es Elemente, die auf eine Diskursquelle verweisen. Des-



Carl Spitzweg, *Der Briefbote in Rosenthal* (um 1858), Öl auf Leinwand, Marburg, Universitätsmuseum für Kunst- und Kulturgeschichte.

Spitzweg spielt mit dem In-der-Schwebe-Bleiben der Situation. Nur für eine junge Dame ist die Verbindlichkeit des Liebesbriefs bestimmt, doch vorläufig ist die Adressatin dem Briefträger unbekannt. Der alte Mann, der sich vom dunklen Grund scharf und effektiv abhebt, hält das weisse, vielversprechende Kuvert in die Höhe, und aus allen Fenstern erscheinen die schönen Mädchen und Damen. (Michael Wirth, s. auch Kommentar zum Titelbild auf S. 12)

halb verwundert es nicht, dass in der französischen Diskussion der sechziger Jahre, das Subjekt zu einer obsoleten Kategorie wurde. Die Rede vom Verschwinden des Subjekts in der Postmoderne hat hier ihren Ursprung. *Roland Barthes*, *Michel Foucault*, *Jacques Lacan*, *Jacques Derrida* und *François Lyotard* stellen die abendländische Tradition des Diskurses, der von einem Subjekt ausgeht, radikal in Frage.

Wie begründen diese Philosophen das Verschwinden des Subjekts – Roland Barthes spricht gar vom «Tod des Autors»?

Im Grunde handelt es sich hier um eine Historisierung der Vorstellung, dass, gleichsam naturgegeben, jeder Diskurs einen Urheber hat. Foucault hat darauf hingewiesen, dass der Subjektgedanke in der neueren europäischen Zivilisationsgeschichte erst in der Renaissance auftaucht und, wie er sagt, auch wieder «wie ein Zeichen im Sand vom Meer weggespült werden kann». Tatsächlich sind die meisten Texte und Bilder des Mittelalters nicht signiert. Während heute jedes Bauwerk einem Architekten zugewiesen werden kann, wissen wir nicht, welche Architekten zum Beispiel die Kathedralen entworfen haben. Ein eindrückliches Erlebnis war für mich 1970 die Teilnahme an einem Seminar von Roland Barthes, in dem er uns sagte, dass der Gedanke einer Urheberschaft von geistigen, künstlerischen und auch von materiellen Werken des täglichen Lebens erst mit der Geburt des modernen Kapitalismus im städtischen Renaissancebürgertum begann. Damals entstand die Idee des Autorenrechts, die Idee des geistigen Eigentums. Wir arbeiten bereits mit den Erzeugnissen der Sprache, mit bestehenden Diskursen, beginnen eben nicht am Nullpunkt. Die Idee des Schriftstellers als eines Schöpfers ist relativ jung. Sie tritt mit Goethe auf, der vor dem Strassburger Münster stehend die architektonische Leistung mit der Schöpfung der Alpen verglich. Immerhin galt noch bis ins 17. Jahrhundert hinein der Compiler, derjenige also, der Texte lediglich neu zusammenstellt, als ein ehrenhafter «Autor». Heute gilt die Vorstellung, ein sprachliches Werk aus bereits bestehenden Elementen zu schaffen, als obsolet. Jede und jeder stellt sich heute selbst als Schöpfer dar. Dass diese Idee des Autors als eines absoluten Schöpfers eine Selbststilisierung ist, das meinen die französischen Philosophen, wenn sie vom Tode des Autors sprechen.

Auf sein Recht als Urheber einer Schrift zu pochen, hatte für einen Autor auch eine politische Implikation?

Wir beobachten hier einen Selbstermächtigungsprozess des Individuums, der zu seiner Unterstützung den Gesetzgeber, meistens den König, brauchte. Ohne Frage stärkte dies die Stellung des Bürgers ge-

genüber dem Adel und das Imprimatur, das etwa der französische König geben musste, und das letztlich auch ein Mittel der Zensur war, stärkte nun paradoxerweise die Position des Autors.

Totalitarismusverdacht

Wie verträgt sich nun die These von der Subjektlosigkeit der Sprache mit dem Totalitarismusverdacht, dem Roland Barthes die Sprache unterstellt? In seiner Antrittsvorlesung am Collège de France, behauptete er, die alltägliche Sprache sei faschistisch. Wie müsste eine Sprache aussehen, die nicht totalitär ist?

Ich halte Barthes' Behauptung für nicht besonders intelligent. Sie wird erst haltbar und diskussionswürdig, wenn man sie auf ihren Kern reduziert, eine Auffassung, die auch von Foucault und später Bourdieu geteilt wird, nämlich, dass Sprache ein Instrument ist, um Macht auszuüben. Dem liegt das Paradigma zugrunde, dass die Gesellschaft im wesentlichen ein Kampfplatz und die wichtigste Referenz Macht ist. Es wird Macht ausgeübt und Macht erlitten. Das heisst, die Sprache lässt sich nie lösen von Machtverhältnissen. Pierre Bourdieu hat diese sprachliche Herr/Knecht-Beziehung in seinem Essay «Ce que parler veut dire» entwickelt.

Foucaults Studie «Überwachen und Strafen» über die Rechtsprechung und den Strafvollzug im Europa des 15. bis 17. Jahrhunderts, lässt deutlich werden, dass der Gebrauch der Sprache die Situation des Angeklagten verbessert hat. Heute wird das Geständnis nicht mehr durch Folter erzwungen. Zudem wird das Gesetz nicht mehr dem Wortlaut nach angewendet, sondern es existiert ein Interpretationsrahmen zugunsten des Angeklagten. Zeigt dies nicht, dass es schliesslich doch einzig und allein die Sprache ist, die vor Gericht zur Wahrheitsfindung führt?

Das ist eine Frage der rechtsphilosophischen Perspektive und der Mentalität einer Zeit. Freiheitsentzug kannte das späte Mittelalter und die frühe Neuzeit nicht. Dafür wurde einem Dieb die Hand abgehackt oder einem Lügner die Zunge abgeschnitten, oder es gab die nach grausamen Riten, der Vierteilung etwa, vollzogene Todesstrafe. Was aber für unser Thema wichtiger ist: Während in Kontinentaleuropa

Die Schrift
zwingt,
im Gegensatz
zum
gesprochenen
Wort, den
Leser, sie
zu entziffern,
sie zwingt
ihn zu einer
interpretato-
rischen
Anstrengung,
die dazu
führt, dass
ein Text
nicht von
jeder Leserin,
jedem Leser
gleich
verstanden
wird.

gefoltert wurde, um zu einem Geständnis zu kommen, gab es im angelsächsischen Raum schon den Indizienprozess. Als die Folter wegfiel, trat psychischer, also meistens sprachlich geäusselter Druck an ihre Stelle, die Unterdrückungsmechanismen wurden mithin subtiler, sie fielen aber nicht weg. In der Tat war jedoch eine bedeutende Wende in der Rechtsprechung der hermeneutische, d.h. der interpretatorische Zugang zum Gesetzestext. Dass zu jeder kriminellen Tat individuelle Beweggründe gehören, die das Gesetz nicht abdeckt, weil es ein nicht individualisierbarer Code ist, sondern die von Verteidiger und Richter erkannt werden müssen, hat die Rechtsprechung erheblich humaner gemacht.

Kontextgebundene Wahrheit

Die wissenschaftshistorische Leistung der französischen Poststrukturalisten besteht ohne Zweifel in der Historisierung der europäischen Subjektphilosophie und des radikalen Wahrheitsanspruchs der Sprache. Gibt es Vorbilder?

Friedrich Nietzsche hat die meisten von ihnen inspiriert. Nietzsche hat ihren Standpunkt der französischen Denker des «ausserhalb» über die Genealogie der Moral und der Wahrheit definiert, indem er nicht mehr fragte, was ist objektiv wahr, sondern die Pluralität der Wahrheiten zu liess, in dem Masse, wie er Wahrheit als kontextgebunden sah. Das Ziel der philosophischen Reflexion heisst mit Nietzsche: Was waren die Voraussetzungen, dass zu einem bestimmten Zeitpunkt der Geschichte diese oder jene Idee als wahr empfunden wurde?

Der Soziologe Pierre Bourdieu, dem Sie viele Publikationen gewidmet haben und zu dessen hohem Bekanntheitsgrad im deutschsprachigen Raum Sie beigetragen haben, hat sich in den letzten Jahren vehement gegen den Abbau des Sozialstaates in Europa gerichtet. Welche Argumente führte er dabei an?

Bourdieu pflegt, im Unterschied zu dem, was vor allem in der deutschsprachigen Rezeption immer wieder zu lesen ist, keine Sympathie zur kommunistischen oder sozialistischen Partei Frankreichs, sondern legt Wert auf die politische Unabhängigkeit seines Urteils. So gehörte er etwa zu

Die These
vom Tode
des Subjekts
geht davon
aus, dass wir
nicht mehr
die originellen
Schöpfer
unserer Werke
sind, sondern
dass diese
sich in
die schon
bestehenden
Diskurse
einschreiben
bzw. diese
fortschreiben.

den wichtigsten Kritikern der Kulturpolitik Jack Langs, dem er vorwarf, nach dem Giesskannenprinzip Mittelmass zu fördern und die Qualität aus den Augen verloren zu haben. Ohne Scheuklappen betrachtet Bourdieu den Marxismus als eine Wissenschaft, in der es brauchbare und unbrauchbare Kategorien gibt. Er lehnt etwa das Konzept der «Klasse» völlig ab, weil die «Klasse» eine künstliche Grösse ist und nicht der Realität entspricht. Beim Konzept des «Kapitals» ist Bourdieu stark von Max Weber und seiner Theorie des sozialen und symbolischen Kapitals beeinflusst. Er entwickelt, wie schon Foucault, das Konzept der Intellektuellen-Kompetenz, das im Unterschied zu Sartres Vorstellung, den Intellektuellen nicht generell, sondern auf ganz bestimmten Gebieten, auf denen er Kompetenz erlangt hat, zur Einmischung und zum Engagement führt. Vor diesem Hintergrund kritisiert Bourdieu nicht etwa den freien Markt, seine Effizienz, sondern den Abbau des Sozialstaats, weil er ihn für eine kulturelle Errungenschaft der westeuropäischen Gesellschaft hält. Wenn die Arbeitslosigkeit dem kapitalistischen Wirtschaften inhärent ist, darf es die kapitalistische Gesellschaft nicht zulassen, so Bourdieus Argumentation, dass der Stand der Arbeiter allein die persönlichkeitszerstörerischen Auswirkungen der Arbeitslosigkeit trägt. Der Sozialstaat sei das einzige funktionierende System, das die Lasten gerecht verteile. ♦

Eine Auswahl jüngerer Publikationen von Joseph Jurt:

Joseph Jurt (Hg.), Von Michel Serres bis Julia Kristeva, Rombach, Freiburg 1999.

Joseph Jurt et al. (Hg.), Wandel von Recht und Rechtsbewusstsein in Frankreich und Deutschland, Berlin Verlag Arno Spitz GmbH, Berlin 1999 (Studien des Frankreich-Zentrums, Universität Freiburg im Breisgau., Bd. 1).

Joseph Jurt (Hg.), Zeitgenössische französische Denker: Eine Bilanz, Rombach, Freiburg 1998.

Joseph Jurt (Hg.), Algérie–France–Islam, Paris, L'Harmattan 1997.

Joseph Jurt et al., Das literarische Feld. Das Konzept Pierre Bourdieu in Theorie und Praxis, Darmstadt, Wissenschaftliche Buchgesellschaft Darmstadt 1995.

Joseph Jurt (Hg.), Bernanos, Essais et écrits de combat, Tome II, Gallimard, Paris 1995 (Coll. «Bibliothèque de la Pléiade», 423), Kritische Edition.